

„EIN DER AUSGESTALTUNG HARRENDER, PROGRESSIVER STILGEDANKE“¹ – WELTORDNUNGSPOLITIK ZWISCHEN G-8 UND G-20

Susanna Vogt

Die Charakterisierung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft durch Alfred Müller-Armack, einen der Gründungsväter des deutschen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ordnungsmodells, lässt sich auch im Hinblick auf die Ausrichtung der Weltordnungspolitik in der jüngsten Vergangenheit anwenden: Schon seit einigen Jahren hinterlässt ein solcher „der Ausgestaltung harrender, progressiver Stilgedanke“ dort seine Spuren. Aus der Krise des Systems multilateraler Institutionen kommend, bewegt sich die Staatengemeinschaft in einem immer größer werdenden Rahmen informeller Kooperations- und Abstimmungsmechanismen der „Club Governance“. Diese Entwicklung leistet zur Konkretisierung der Idee einer Global Governance als Politikkoordination auf verschiedenen Ebenen wichtige Beiträge. Bei diesen Clubs handelt es sich um „informelle bzw. schwach institutionalisierte Zusammenkünfte von Staatenvertretern in einem beschränkten Teilnehmerkreis“². Einen vorläufigen Höhepunkt hat diese Form der globalen Kooperation jenseits von Abstimmungen in internationalen Organisationen bei der Koordination der



Susanna Vogt
ist Referentin für
Globale Wirtschafts-
und Sozialordnung
der Hauptabteilung
Internationale
Zusammenarbeit der
Konrad-Adenauer-
Stiftung.

- 1 | Alfred Müller-Armack, *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*, 2. Auflage (Bern: Paul Haupt, 1966), S. 12.
- 2 | Ulrich Schneckener, „Globales Regieren durch Clubs. Definition, Chancen und Grenzen von Club Governance“, in: *SWP-Aktuell* 47 (2009), S. 3.

Maßnahmen zur Bewältigung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Rahmen der G-20 gefunden. Dieses Gremium wird bereits als „Weltregierung“ in Ablösung anderer bestehender Gipfelformate klassifiziert. Aber die G-20 harren noch der weiteren Ausformung ihrer Kooperations- und Wirkungsmöglichkeiten über die Zeit der Finanzmarktkrise hinaus. So lange ist ein Nebeneinander diverser Institutionen, Foren und Club-Formate der wahrscheinlichere Modus der Weltordnungspolitik.

VERSCHLEPPTE REFORMEN

Die Gründung der Vereinten Nationen (VN), der Institutionen des Bretton-Woods-Systems (Internationaler Währungsfonds IWF und Weltbank) sowie die Kooperation im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) waren Meilensteine der institutionalisierten globalen Zusammenarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese hat eine aus heutiger Perspektive fast erstaunliche

Kooperationsfähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft unter Beweis gestellt, die dem Grad der globalen Verflechtung der Zeit gerecht wurde.

Wie gering die Problemlösungskompetenz der bestehenden globalen Ordnungsstrukturen in der heutigen Zeit noch ist, wird durch die krisenhafte Entwicklung der vergangenen zwei Jahre deutlich. Die Anzahl der Herausforderungen, die nicht mehr allein auf nationaler oder regionaler Ebene gelöst werden können, nimmt erheblich zu und hat mit der globalen Krise an den Finanzmärkten einen neuen Höhepunkt erfahren.

Insbesondere mit dem Ende des Ost-West-Konflikts konnten in vielen Sektoren der Weltpolitik neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausgeschöpft werden. Nicht zuletzt der globale Austausch über internationale Handelsströme ist zu einem maßgeblichen Treiber

des seit Anfang der neunziger Jahre erheblich beschleunigten Globalisierungsprozesses geworden. Zugleich stellen sich neue Herausforderungen durch transnationale Gewaltakteure und zerfallende Staaten. Sie führen die notwendige Weiterentwicklung des globalen Institutionensystems vor Augen.³

3 | Vgl. Helmut Breitmeier, „Weltordnungspolitik in sektoraler Perspektive. Effektives, gerechtes und demokratisches Regieren?“, in: Helmut Breitmeier, Michèle Roth und Dieter Senghaas (Hrsg.), *Sektorale Weltordnungspolitik. Effektiv, gerecht und demokratisch?* (Baden-Baden: Nomos, 2009), S. 20.

Wie gering die Problemlösungskompetenz der bestehenden globalen Ordnungsstrukturen in der heutigen Zeit noch ist, wird durch die krisenhafte Entwicklung der vergangenen zwei Jahre deutlich. Die Anzahl der Herausforderungen, die nicht mehr allein auf nationaler oder regionaler Ebene gelöst werden können, nimmt erheblich zu und hat mit der globalen Krise an den Finanzmärkten einen neuen Höhepunkt erfahren. Klimawandel, internationaler Terrorismus, grenzüberschreitende Kriminalität, Energiesicherheit, ein tragfähiges Handelsregime – dies sind nur einige der Themen, die eine globale Kompromissfindung und nachhaltige Lösung erfordern. Demgegenüber steht die mangelnde Effektivität der vorhandenen internationalen Organisationen. Langwierige Entscheidungsfindung und das Fehlen konkreter Ergebnisse internationaler Abstimmungen werden kritisiert. Die VN-Konferenz zu einem globalen Klimaabkommen in Kopenhagen gehört zu den jüngsten Lehrstücken.⁴ Der schwedische Außenminister Carl Bildt fasste nach dem Kopenhagener Gipfel zusammen: „Uns wurden einige Lektionen über die Wirklichkeit der so genannten multipolaren Welt erteilt.“⁵ In ihrer institutionellen Weiterentwicklung hat die Weltgemeinschaft mit den gewachsenen internationalen und transnationalen Herausforderungen nicht Schritt gehalten.

Vor allem die Vereinten Nationen stehen dabei mit ihrer institutionellen Struktur immer wieder in der Kritik und offenbaren in ihren beiden Hauptorganen die Dilemmata internationaler Staatenkooperation geradezu exemplarisch: Sie verfügen zum einen mit der Generalversammlung über ein im Hinblick auf Legitimität wünschenswertes Gremium, in dem jedes Land eine eigene, gleich gewichtete Stimme der Mitsprache hat. Die Effektivität dieser „G-192“ ist jedoch begrenzt: Die Kompromissfindung erweist sich als äußerst schwierig, einmal getroffene Übereinkünfte können nur mühsam neuen Bedingungen angepasst werden. Höhere Effektivität – wenn auch beschränkt durch das machtvolle Vetorecht der ständigen fünf Mitglieder – kann das kleinere Steuerungsgremium des VN-Sicherheitsrates für sich in Anspruch nehmen. Für diese Institution, in

4 | Vgl. Joachim Krause, „Nach Kopenhagen: Welchen Multilateralismus benötigt erfolgreiche Klimapolitik?“, in: *Internationale Politik*, 2 (2010), S. 106 - 113.

5 | Zit. nach Klaus-Dieter Frankenberger, „Ein Flickenteppich“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.1.2010.

deren Zentrum nach wie vor die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges stehen, wirken sich allerdings die erheblichen Mängel in der Repräsentativität und Legitimität auch auf die Effektivität negativ aus – der Ruf nach einer Reform des Sicherheitsrates ist seit Jahren laut.⁶

Die Welthandelsorganisation (WTO) und ihr Vorläufer GATT haben seit der Gründung 1947 ein sehr entwickeltes Regelwerk mit dem Ziel internationaler Zollreduktion und der Förderung von Handelsbeziehungen hervorbringen sowie mit dem Streitschlichtungsverfahren ein funktionierendes Instrument zur gleichberechtigten Auseinandersetzung der Mitgliedstaaten untereinander schaffen können. Dennoch leidet die Institution in der aktuellen Doha-Verhandlungsrunde unter dem sich zuspitzenden Interessengegensatz insbesondere zwischen den großen Schwellenländern und den Industrienationen. In von neuen Führungsmächten und neuen Koalitionen geprägten Verhandlungen unter inzwischen 153 WTO-Mitgliedstaaten trägt auch das geltende Konsensprinzip zu Effektivitätsverlusten bei.⁷ Der IWF seinerseits sah sich vor dem Ausbruch der Finanzkrise, die ihn als einen Akteur des Krisenmanagements zurück in die internationale Arena befördert hat, aufgrund der Dominanz der USA und Europas im Exekutivdirektorium und bei der Stimmrechtsverteilung sowie seiner negativ bewerteten wirtschaftspolitischen Beratung in zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern erheblicher Kritik ausgesetzt.⁸

Reformprozesse in diesen bestehenden Institutionen wurden immer wieder angestoßen. Sie materiell umzusetzen erwies sich aufgrund der erforderlichen Neuverteilung von Einflussmöglichkeiten und Kompetenzen jedoch in einem bisher nur unbefriedigenden Maße als möglich.

6 | Vgl. Volker Rittberger und Heiko Baumgärtner, „Die Reform des Weltsicherheitsrats – Stand und Perspektiven“, in: Johannes Varwick und Andreas Zimmermann (Hrsg.), *Die Reform der Vereinten Nationen – Bilanz und Perspektiven* (Berlin: Duncker & Humblot, 2006), S. 45 - 66.

7 | Vgl. Stormy Mildner, „Die Doha-Runde der WTO. Stolpersteine auf dem Weg zu einem erfolgreichen Verhandlungsabschluss“, in: *SWP-Studie S1* (2009), S. 16 - 20.

8 | Vgl. Heribert Dieter, „Die künftige Gestaltung der internationalen Finanzbeziehungen“, in: Hanns-Günter Hilpert und Stormy Mildner (Hrsg.), *Globale Ordnungspolitik am Scheideweg. Eine Analyse der aktuellen Finanzmarktkrise*, *SWP-Studie S4* (2009), S. 67.

BEDEUTUNGSZUWACHS INFORMELLER FOREN

Vor dem Hintergrund des Reformstaus in den internationalen Organisationen ist in den vergangenen Jahren die Bedeutung informeller globaler Koordinations- und Kooperationsgremien stark gewachsen. Diese Entwicklung setzte bereits Mitte der 1970er Jahre ein, als sich im Zeichen des niedergehenden Bretton-Woods-Systems sowie der internationalen Ölkrisen die sechs Staats- und Regierungschefs aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und den USA trafen, um ihre Wirtschaftspolitiken abzustimmen – abseits von Medien und breiter Öffentlichkeit. Basis dieser Kooperation war das Zusammenkommen zum vertrauensvollen Austausch in einer krisenhaften Situation, der direkte Kontakt der Entscheidungsträger auf Augenhöhe – wenn auch zum Teil ohne konkrete Ergebnisse für die Öffentlichkeit.⁹ Kanada kam 1976 hinzu, 1998 wurde Russland in die dann G-8 genannte Gruppe aufgenommen. Ausgehend von der wirtschaftspolitischen Kooperation haben sich die im Rahmen der G-8 versammelten Staats- und Regierungschefs sowie die zuständigen Minister im Verlauf der Zeit zunehmend außen- und sicherheitspolitischer Fragen sowie des Umweltschutzes angenommen. Seit Ende der neunziger Jahre erweiterte sich das Themenspektrum der G-8 auf die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Globalisierung. Die exklusive Zusammensetzung der Gruppe sowie die mangelnde Umsetzung beschlossener Maßnahmen wird in der internationalen Diskussion allerdings immer wieder sehr skeptisch gesehen.¹⁰

Insgesamt hat der Grad der Informalisierung der globalen Ordnungspolitik stetig zugenommen. Dabei geht es um das sektorale Regieren in einzelnen Politikbereichen zur Bearbeitung von Problemstellungen, die der Nationalstaat nicht alleine lösen kann – und die aufgrund bestehender

9 | Vgl. Hans Eichel, „Globalisierung gestalten. Die G20 als wichtiges Element der Global Governance“, in: *Internationale Politik*, 10 (2004), S. 101.

10 | Vgl. Andrew F. Cooper, „The Heiligendamm Process. Structural Reordering and Diplomatic Agency“, in: Andrew F. Cooper und Agata Antkiewicz (Hrsg.), *Emerging Powers in Global Governance. Lessons from the Heiligendamm Process* (Waterloo: Centre for International Governance Innovation, 2009), S. 2 f.

Dysfunktionalitäten in den etablierten multilateralen Institutionen auch dort kaum zu bewältigen sind. Thematisch hat sich das Spektrum der auf diesem Weg bearbeiteten Fragen internationaler Zusammenarbeit ständig erweitert. Den Themen und den damit zusammenhängenden Fragestellungen folgen die Zusammensetzung der Gruppierungen sowie der Grad der Verstetigung, die sie erreichen.

Dabei verfügen insbesondere die Dialogformate der G-8 mit anderen Staaten über eine gewisse Kontinuität, als „Arena mit wechselnder Besetzung, in der Standpunkte ausgetauscht werden und um gemeinsame Erklärungen gerungen wird“¹¹. Über den semi-institutionali-

Insgesamt hat der Grad der Informalisierung der globalen Ordnungspolitik stetig zugenommen. Dabei geht es um das sektorale Regieren in einzelnen Politikbereichen zur Bearbeitung von Problemstellungen, die der Nationalstaat nicht alleine lösen kann – und die aufgrund bestehender Dysfunktionalitäten in den etablierten multilateralen Institutionen auch dort kaum zu bewältigen sind.

sierten „Heiligendamm-Prozess“, der unter der deutschen G-8-Präsidentschaft im Jahr 2007 eingeführt wurde, ist der Austausch mit den so genannten G-5-Staaten Brasilien, Mexiko, Südafrika, Indien und China verstetigt worden. Mit ausgewählten Staaten Afrikas sowie der Afrikanischen Union führt die G-8 seit mehreren Jahren einen „Africa Outreach“. Im Bemühen um eine Lösung im Klimaschutz werden seit 2007 die „Major Economies“, d.h. Australien, Korea, Indonesien, Dänemark und die EU, zusätzlich hinzugezogen. Zudem lädt die jeweilige G-8-Präsidentschaft immer wieder einzelne Staaten, oftmals nach regionalen und politischen Schwerpunkten des Vorsitzlandes, zu den Gipfeln ein. Diese wechselnden Konstellationen rund um die G-8-Gipfeltreffen haben die Diskussion um eine Erweiterung der Gruppenmitgliedschaft auf eine G-13, G-14 oder G-16 befördert.¹²

Fortgesetzt hat sich diese Entwicklung im Kontext der Finanzmarktkrise, die mit ihren globalen Auswirkungen die wechselseitigen Abhängigkeiten im internationalen Beziehungsnetzwerk deutlich vor Augen geführt hat. Es bestand die Notwendigkeit rascher, international abgestimmter Beschlüsse zwischen den systemisch relevanten Ländern, um die Krise einzudämmen. In der Folge wurde das Format der G-20 auf ein neues Bedeutungsniveau gehoben. Schnell hatte sich gezeigt, dass eine Koordination zur Krisenbekämpfung allein innerhalb

Fortgesetzt hat sich diese Entwicklung im Kontext der Finanzmarktkrise, die mit ihren globalen Auswirkungen die wechselseitigen Abhängigkeiten im internationalen Beziehungsnetzwerk deutlich vor Augen geführt hat. Es bestand die Notwendigkeit rascher, international abgestimmter Beschlüsse zwischen den systemisch relevanten Ländern, um die Krise einzudämmen. In der Folge wurde das Format der G-20 auf ein neues Bedeutungsniveau gehoben. Schnell hatte sich gezeigt, dass eine Koordination zur Krisenbekämpfung allein innerhalb

11 | Schneckener (2009), S. 2.

12 | Vgl. Schneckener (2009), S. 1.

der G-8 nicht sinnvoll sein würde. Die 1999 in Folge der Asienkrise unter der deutschen G-8-Präsidentschaft ins Leben gerufene G-20, die eigentlich die Finanzminister und Notenbankdirektoren der wirtschaftlich bedeutendsten Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zusammenbringt, tagte im November 2008 erstmals als Gipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs. Mitglieder sind die G-8-Staaten sowie Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Korea, Mexiko, Saudi-Arabien, Südafrika, die Türkei und die EU. Darüber hinaus nehmen Vertreter von Weltbank und IWF an Vorbereitungstreffen und Gipfeln teil.

Es sind diese informellen Governance-Strukturen, die schnelle, operative und effektive Abstimmungen der Mitglieder untereinander ermöglichen. Koalitionen und Netzwerke zwischen Staaten werden, auch ad hoc, entlang konkreter Themen und Fragestellungen im Bemühen um Interessensausgleich gebildet. Dabei sind die unterschiedlichen Gruppen-Formate Ergebnis immer wieder neuer, wechselnder Allianzen: Weltordnungspolitik wird auf globaler Ebene jeweils problemspezifisch und funktional differenziert organisiert werden müssen, um effektive Zielerreichung sicherzustellen.¹³ Die flexible Bildung von Allianzen trägt damit dem komplexen globalen Interessengefüge und neuen Machtkonstellationen Rechnung. Feste Koalitionen zwischen Staaten, zumal auf ideologischen Grundlagen, treten dagegen stärker in den Hintergrund. Schon der Wechsel vom Format der G-7/G-8 zur G-20 als Gipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs im Zuge der Krisenbekämpfung stellt die Flexibilität dieser „Club Governance“ und die Notwendigkeit der Weiterentwicklung und Anpassung der Formate unter Beweis.¹⁴

Fortgesetzt hat sich diese Entwicklung im Kontext der Finanzmarktkrise, die mit ihren globalen Auswirkungen die wechselseitigen Abhängigkeiten im internationalen Beziehungsnetzwerk deutlich vor Augen geführt hat. Es bestand die Notwendigkeit rascher, international abgestimmter Beschlüsse zwischen den systemisch relevanten Ländern, um die Krise einzudämmen. In der Folge wurde das Format der G-20 auf ein neues Bedeutungsniveau gehoben.

13 | Vgl. Helmut Breitmeier, Michèle Roth und Dieter Senghaas, „Noch ein weiter Weg zu angemessenen Ordnungsstrukturen“, in: dies. (Hrsg.), *Sektorale Weltordnungspolitik. Effektiv, gerecht und demokratisch?* (Baden-Baden: Nomos, 2009), S. 241.

14 | Vgl. Mark Beeson und Stephen Bell, „The G20 and International Economic Governance: Hegemony, Collectivism, or Both?“, in: *Global Governance*, 15 (2009), S. 69.

Riskant ist dabei, dass die formierten Allianzen untereinander teilweise durchaus widersprüchlich sind und viele Initiativen parallel laufen, was zu einer Duplizierung von Prozessen und einer Überschneidung von Programmen führen kann. Es besteht die Gefahr des „forum shopping“¹⁵ und des selektiven Multilateralismus durch unstrukturierte Beteiligung an zu vielen Kooperationsformaten. Auch diese Entwicklung erhöht die Komplexität des internationalen Beziehungsgeflechts: Staaten „suchen sich folglich die im Sinne ihrer Interessen und Anliegen geeigneten Formate (und gründen gegebenenfalls neue), anstatt innerhalb eines bereits bestehenden institutionellen Rahmens zu agieren und dort für ihre Positionen zu werben. Das Ausweichen in Clubs und die damit einhergehende Verlagerung globaler Politiksteuerung droht mithin das etablierte multilaterale System zu unterminieren und dessen Krise zu verschärfen.“¹⁶

Der rasche Bedeutungszuwachs informeller Foren trägt auch der mangelhaften Integration entscheidender weltpolitischer Akteure in die traditionellen multilateralen Formate der globalen Politiksteuerung Rechnung. Die bestehenden Institutionen haben sich über lange Zeit regional sehr ungleichförmig entwickelt und sich insbesondere auf die Staaten der OECD-Welt konzentriert – dies beschränkt sie unter heutigen Gegebenheiten immer stärker in ihrer Repräsentativität und Legitimität.¹⁷ Inzwischen haben neue aufstrebende Mächte die Weltbühne betreten und fordern Mitsprache sowie ihre Integration in die Institutionen und Foren der Global Governance ein.

AUFSTIEG DER SCHWELLENLÄNDER

Mit dem Ende des Kalten Krieges boten sich insbesondere den großen Schwellenländern neue Entwicklungsmöglichkeiten. Die Rolle, die Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika, aber auch Ländern wie Indonesien und Saudi-Arabien im internationalen Gefüge inzwischen zugeschrieben wird, definiert sich nicht mehr allein über

15 | Susan Minushkin und Arturo Sotomayor: „Mexico“, in: Susanna Vogt (Hrsg.), *Growth and Responsibility. The Positioning of Emerging Powers in the Global Governance System* (Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009), S. 39.

16 | Schneckener (2009), S. 6 - 7.

17 | Vgl. Breitmeier (2009), S. 21.

ihre wirtschaftliche Größe und Wachstumsraten, sondern auch über weiter gehende Aspekte einer globalen Ordnungspolitik: die Ansprüche dieser Staaten auf (effektiv zum Teil bereits ausgeübte) Mitsprache in internationalen Gremien, ihren Anteil an ökologischen und sozialen Problemen mit globaler Auswirkung, ihre Bedeutung für regionale politische und sicherheitspolitische Stabilität. Große Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien zählen zu den maßgeblichen Profiteuren des Globalisierungsprozesses. Sie konnten ihre komparativen Vorteile in einem international hochgradig vernetzten Produktions- und Handelsregime erfolgreich zur Geltung bringen und sind inzwischen Empfänger hoher Investitionssummen aus dem Ausland.¹⁸

Es ist auch der ökonomische Bedeutungszuwachs des globalen Südens, der heute mit dem Begriff der Globalisierung assoziiert wird. Diese Entwicklung zeitigt politische Konsequenzen. Die Dominanz der Staaten Europas und Nordamerikas im internationalen System wird durch den Aufstieg der Schwellenländer relativiert. Multiple Pole mit starkem regionalen und beachtlichem globalen Einfluss entstehen. Die geographische und auch geostrategische Bedeutung der großen Schwellenländer ist erheblich. Sie verfügen oftmals allein dank ihrer territorialen Größe über eine entscheidende Position in ihrer jeweiligen Region. Diese regionale Führungsrolle wird von den Staaten in der Regel mit einer eigenständigen regionalen Politikgestaltung besetzt. Auch auf diesem Weg verlieren die traditionellen Machtzentren der OECD-Welt an internationalem Einfluss. Die Entwicklung wird zudem durch einen merklichen Zugewinn der Schwellenländer an Selbstbewusstsein, Expertise und außenpolitischer Wirkungsmacht flankiert.¹⁹ Nicht zuletzt fallen Länder wie Indien und Brasilien demographisch gegenüber den von Bevölkerungsrückgang geprägten Industriestaaten immer stärker ins Gewicht. In diesen

Mit dem Ende des Kalten Krieges boten sich insbesondere den großen Schwellenländern neue Entwicklungsmöglichkeiten. Die Rolle, die Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika, aber auch Ländern wie Indonesien und Saudi-Arabien im internationalen Gefüge inzwischen zugeschrieben wird, definiert sich nicht mehr allein über ihre wirtschaftliche Größe und Wachstumsraten, sondern auch über weiter gehende Aspekte einer globalen Ordnungspolitik: die Ansprüche dieser Staaten auf (effektiv zum Teil bereits ausgeübte) Mitsprache in internationalen Gremien, ihren Anteil an ökologischen und sozialen Problemen mit globaler Auswirkung, ihre Bedeutung für regionale politische und sicherheitspolitische Stabilität.

18 | Vgl. Beeson und Bell (2009), S. 73.

19 | Für das Beispiel Brasilien vgl. Paulo-Roberto de Almeida und Denise Gregory: „Brazil“, in: Susanna Vogt (Hrsg.): *Growth and Responsibility. The Positioning of Emerging Powers in the Global Governance System*. (Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009), S. 16 ff.

jungen Bevölkerungen steckt ein hohes Entwicklungspotenzial. In allen Schwellenländern ist das Wachstum einer Mittelschicht zu beobachten, welche von den ökonomischen Fortschritten des jeweiligen Landes profitiert. Diese *developing middle class* wird mittlerweile auf eine weltweite Stärke von 2,5 Milliarden Menschen geschätzt.²⁰ Sie bringt neue ökonomische Realitäten, eine wachsende Konsumentenschicht und Veränderungen im sozialen und politischen Gefüge mit sich.²¹

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung in den vergangenen zwei Dekaden sehen sich die *emerging markets* nach wie vor großen innenpolitischen Herausforderungen gegenüber. Sie erleben eine oftmals spannungsreiche Gleichzeitigkeit von hoher Dynamik, rasantem Wachstum und solider Wettbewerbsfähigkeit auf ausgewählten Märkten einerseits sowie von anhaltend hoher Armut, massiver Einkommensungleichverteilung, defizitärer Infrastrukturausstattung, regionalen Ungleichgewichten innerhalb des Landes, ethnischen Spannungen und großen ökologischen Herausforderungen andererseits. Dies birgt politische Risiken. Vor diesem Hintergrund steht die Agenda der eigenen Entwicklung für viele Schwellenländer vor allem im Zeichen der Verbesserung des Produktivitätsniveaus sowie der Qualität der Bildung, technologischer Innovationen und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Strukturelle Reformen wurden im

Weitere lose Kooperationen von Entwicklungs- und Schwellenländern fördern die Emanzipation von bestehenden multilateralen Institutionen und westlichen Einflusssphären und schreiten im Institutionalisierungsgrad voran.

Hinblick darauf in den vergangenen Jahren in einigen dieser Länder angegangen.²² Das rasche Durchschreiten des Tiefpunktes der Finanz- und Wirtschaftskrise stellt entsprechende Erfolge unter Beweis: Wirtschaftswachstum und Handelsvolumina erreichen in diesen Ländern inzwischen fast wieder das Niveau der Zeit vor der Krise. Auch

20 | Vgl. „Two billion more bourgeois: The middle class in emerging markets“, in: *The Economist* 12 (2009), S. 16.

21 | Vgl. Steffen Dyck, Syetarn Hasakul und Rachna Saxena, „Asiens aufstrebende Mittelschicht“, in: *Deutsche Bank Research Aktuelle Themen*, 468 (2009).

22 | Vgl. Maria Laura Lanzeni, Head Emerging Markets Team Deutsche Bank Research, Vortrag „Emerging markets: resilience in the crisis – what comes next?“ am 23.3.2010 in Berlin.

die Verschuldungssituation der Schwellenländer bewegt sich nach der Krise auf deutlich niedrigerem Niveau als dies für die Industriestaaten der Fall ist.²³

Das trotz der bereits hohen Wachstumsraten noch nicht ausgeschöpfte wirtschaftliche Entwicklungspotenzial bietet für die Schwellenländer die Basis für die Bearbeitung der genannten internen Herausforderungen. Dies erklärt auch die geringe Kompromissbereitschaft beispielsweise bei der Reduktion von Treibhausgasemissionen – hier wollen sich die aufstrebenden Ökonomien in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, die von hoher Relevanz für den sozialen Frieden ist, nicht beschränken lassen. In diesem Zusammenhang führen die Schwellenländer immer wieder das Argument der „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung“ an.²⁴

SÜD-SÜD-KOOPERATION

Ein weiterer Effekt der Verschiebung des globalen Machtgefüges ist die deutliche Zunahme der Vernetzung der Länder des Südens untereinander – bei gleichzeitig reduzierter Abhängigkeit von den Staaten der OECD-Welt. So ist der Umfang des Handels ebenso wie derjenige der Direktinvestitionen zwischen den Schwellenländern in den vergangenen Jahren deutlich angewachsen.²⁵

Hinzu kommt die aktive Kooperation der Staaten des Südens untereinander. Von einer breiten Öffentlichkeit wurde diese Entwicklung erstmals 2003 anlässlich des Ministertreffens der WTO in Cancún deutlich registriert, als sich unter der Führung Brasiliens und Indiens eine als G-20+ bezeichnete Gruppe der wichtigsten Schwellen- sowie Entwicklungsländer formierte. Die G-20+ traten u.a. mit

23 | Vgl. Sebastian Becker, Gunter Deuber und Sandra Stankiewicz, „Public debt in 2020. A sustainability analysis for EM and DM markets“, in: *Deutsche Bank Research Current Issues*, 24. März 2010, S. 3 ff.

24 | Vgl. „China verteidigt seine Klimapolitik“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.12.2009, <http://www.faz.net/s/RubC5406E1142284FB6BB79CE581A20766E/Doc~E8718D6F9458D4B5884EB4735524190B8~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [10.3.2010]

25 | Vgl. UNCTAD World Investment Report 2006, *FDI from Developing and Transition Economies: Implications for Development* (New York und Genf: United Nations, 2006), S. 117 ff.

einer abgestimmten Position zur Frage der Liberalisierung der Agrarmärkte auf und beeinflussten die Agenda des schließlich ohne Einigung beendeten Ministertreffens maßgeblich. Neue Verhandlungskonstellationen mit erheblichem Blockadepotenzial, die auch in anderen Organisationen und Situationen mit selbstbewussten Positionen – oft unter Führung der G-5-Staaten – auftraten, hatten sich formiert.²⁶

Um verstärkte Kooperation vor allem in Fragen des Handels, der Agrarwirtschaft sowie des Transports, der Gesundheit und der Verteidigung bemühen sich Indien, Brasilien und Südafrika im Rahmen des 2003 geschaffenen IBSA-Forums (*India-Brazil-South Africa Forum*). Dabei wird als Grundlage für die Zusammenarbeit besonders die demokratische Verfasstheit dieser drei Länder als wichtiges Kriterium – u.a. in Abgrenzung von China – hervorgehoben.²⁷ Die Shanghai Cooperation Organization (SCO) lässt sich ebenfalls als Club der Zusammenarbeit mit der Logik einer Süd-Süd-Kooperation charakterisieren. Mitglieder sind die zentralasiatischen Staaten sowie Russland und China, die maßgeblichen Einfluss auf die Organisation ausüben.²⁸

Von diesen durch die Schwellenländer selbst ins Leben gerufenen Allianzen sind extern entwickelte Konzepte abzugrenzen. Dazu gehört das Modell der „BRICs“, das die Investment-Bank Goldman Sachs ab 2001 formulierte. Es gruppiert die Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien und China aufgrund der Prognose, dass diese Staaten in weniger als 40 Jahren die G-6 – USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien – in ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit deutlich übertreffen werden.²⁹ Auch die von der G-8 definierte Gruppe der G-5, mit der sie in einen intensivierten Dialogprozess eingetreten ist, ist zunächst eine Einladung der G-8 an einzelne wichtige

26 | Vgl. Claudia Schmucker, „Auf dem Vormarsch. Der globale Einfluss der Schwellenländer wächst“, in: *Internationale Politik*, 6 (2006), S. 19 - 23.

27 | Vgl. de Almeida und Gregory (2009), S. 16 ff.

28 | Vgl. Schneckener (2009), S. 3.

29 | Vgl. Dominic Wilson und Roopa Purushothaman, „Dreaming with BRICs: The Path to 2050“, in: *Global Economics Paper No. 99* (New York: Goldman Sachs, 2003), <http://www2.goldmansachs.com/ideas/brics/book/99-dreaming.pdf> [11.3.2010].

Akteursstaaten gewesen. Doch diese extern initiierten, zunächst nur im losen Zusammenschluss agierenden Gruppierungen unterliegen einem Wandel und konsolidieren sich: So formulierten die BRIC-Staaten bei einem Treffen in Jekaterinburg im Juni 2009 erstmals eine Erklärung gemeinsamer Ziele, u.a. in den Bereichen Sicherheit, Entwicklung und Klimawandel.³⁰

Auch die G-5 traten anlässlich der letzten beiden G-8-Gipfel im japanischen Toyako 2008 sowie im italienischen L'Aquila 2009 nicht mehr als einzelne Dialogpartner auf, sondern als Gruppe, die im Rahmen der Zusammentreffen gemeinsame Erklärungen abgab.

Weitere lose Kooperationen von Entwicklungs- und Schwellenländern fördern die Emanzipation von bestehenden multilateralen Institutionen und westlichen Einflussphären und schreiten im Institutionalisierungsgrad voran: So beschlossen einige Staaten Asiens, nach der Finanzkrise Ende der neunziger Jahre gemeinsam Währungsreserven zu bündeln, um in erneuten Krisenfällen nicht mehr auf den IWF angewiesen zu sein. In diesen Tagen wird die so genannte Chiang Mai-Initiative institutionalisiert – Asien verfügt dann über einen eigenen Gläubiger der letzten Instanz.³¹

Zudem engagieren sich viele Schwellenländer inzwischen – auch wenn sie selbst häufig noch Empfänger internationaler Zuwendungen sind – in der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Brückenfunktion zu den Entwicklungsländern ist für einige der Wachstumsnationen auch von strategischer Bedeutung: Ihr Status als Schwellenland verschafft ihnen Zugang zu und Gehör in den Foren der Entwicklungsländer. Unter anderem aus diesem Grund hatte China

Nicht zuletzt der Beinahe-Zusammenbruch der Finanzmärkte scheint als fundamentales Krisenereignis die Bereitschaft zu internationaler Kooperation erheblich verstärkt zu haben und somit neue Impulse für eine globale Ordnungspolitik zu setzen. Unter Beweis stellt dies die schnelle Einberufung der G-20 als Gipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, um koordinierte Krisenbekämpfungsmaßnahmen sowie international abgestimmte Reformprozesse zu den Finanzmärkten in die Wege zu leiten.

30 | Vgl. „Joint Statement of the BRIC Countries’ Leaders, Ekaterinburg, 16.6.2009“, http://www2.mre.gov.br/dibas/BRIC_Joint_Statement_I_Summit.pdf [10.3.2010].

31 | Vgl. Manfred Schäfers, Werner Mussler und Patrick Welter, „Ein neues Versprechen, ein altes Problem. Die zentrale Frage eines Europäischen Währungsfonds bliebe: Wie lässt sich Stabilität gewährleisten?“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.3.2010.

lange Zeit nur geringes Interesse daran, Mitglied der als „Club der reichen Industriestaaten“ wahrgenommenen G-8 zu werden.³²

Die große Bandbreite an Mechanismen der Zusammenarbeit kann jedoch über manifeste Interessenunterschiede auch zwischen den Staaten des Südens nicht hinwegtäuschen. Längst handelt es sich bei Entwicklungs- und Schwellenländern um keine so homogene Allianz mehr, wie z.B. der im Rahmen der VN bestehende Zusammenschluss der G-77 noch suggerieren mag. In Fragen des politischen Systems, der ökonomischen Integration, des Gesellschaftsmodells und der demographischen Entwicklung sind die betreffenden Staaten durchaus heterogen aufgestellt und haben dementsprechend unterschiedlich gelagerte Interessen. In anderen Bereichen demonstrieren insbesondere die großen Schwellenländer sogar klare Rivalität: Deutlich zeigt sich dies am Beispiel der Bemühungen um einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat, bei dem die großen *player* der Regionen in Konkurrenz zueinander stehen. Und im Hinblick auf die regionale Führungsrolle und den Einfluss auf die jeweilige Peripherie stehen beispielsweise Mexiko und Brasilien sowie Indien und China in einem Wettbewerb, der Kooperationsbemühungen regelmäßig untergräbt. Die Abgrenzung zwischen Partnerschaft und Konkurrenz verläuft auch hier entlang der Sachfragen und Verhandlungskonstellationen.

DIE G-20 ALS ZUKUNFTSFORMAT?

Nicht zuletzt der Beinahe-Zusammenbruch der Finanzmärkte scheint als fundamentales Krisenereignis die Bereitschaft zu internationaler Kooperation erheblich verstärkt zu haben und somit neue Impulse für eine globale Ordnungspolitik zu setzen. Unter Beweis stellt dies die schnelle Einberufung der G-20 als Gipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, um koordinierte Krisenbekämpfungsmaßnahmen sowie international abgestimmte Reformprozesse zu den Finanzmärkten in die Wege zu

32 | Vgl. Yu Yongding, „The G20 and China: A Chinese Perspective“, paper presented at CIGI/CFGS conference The G-20 Architecture in 2020 – Securing a Legitimate Role for the G-20, Ottawa, 29.2.2004, http://www.i20.org/publications/25_5a_g20_ottawa_yongding.pdf [11.3.2010], S. 11 ff.

leiten. Systemische Risiken wurden erkannt, und aus ihnen resultierte die Notwendigkeit, in einem umfassenderen globalen Netzwerk zusammenzuarbeiten.

Vergleichbar der Agenda der G-8-Gipfel haben sich auch die Themen der G-20-Treffen seit 1999 erheblich gewandelt: Ging es zunächst um Marktvolatilitäten, Schwellenländerkrisen, Wechselkursfragen und Finanzreformen sowie um die Funktionsfähigkeit der internationalen Finanzinstitutionen, wurden später Fragen der Wirksamkeit von Entwicklungshilfe, der Entschuldung, der Energiesicherheit und des demographischen Wandels in die Diskussion integriert. Mit der globalen Finanzkrise kehrte die G-20 zu ihren Kernthemen zurück. Mit bisher drei Gipfeln auf Ebene der Staats- und Regierungschefs wurde die Bedeutung der effektiven und koordinierten Krisenbekämpfung erneut unterstrichen. Niemals zuvor hatte die Arbeit der G-20 eine vergleichbare öffentliche Aufmerksamkeit erregt.

Anders als die G-8 können die G-20 im Hinblick auf die in ihr versammelten Schwellen- und Industrieländer ein hohes Maß an Repräsentativität für sich in Anspruch nehmen: Über 85 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts, 80 Prozent des Welthandels und zwei Drittel der Weltbevölkerung sind über dieses Forum vertreten. Mit fünf Mitgliedern ist Asien als aufstrebende Weltregion, die die Finanzkrise rasch hinter sich zu lassen scheint, angemessener als zuvor repräsentiert. Zudem schließen die G-20 eine wichtige Lücke, da mit Indonesien, Saudi-Arabien und der Türkei auch die muslimische Welt in der Gruppierung vertreten ist.³³

Der Zuschnitt der G-20 nährte die Hoffnung auf einen *spillover* von der weltwirtschaftlichen Krisenbekämpfung auf andere weltpolitische Herausforderungen – allen voran im Klimaschutz. Doch auf der Kopenhagener Konferenz konnte sich die vorhandene Dynamik nicht in ähnlicher Weise entfalten. Die höhere Repräsentativität der G-20 berücksichtigt zwar ein breiteres Interessenspektrum und stellt einmal gefasste Beschlüsse auf eine solidere Basis. Doch es sind eben zugleich stärker divergierende Interessen

33 | Vgl. Colin I. Jr. Bradford, „G20 Summit. The G force“, in: *The World Today*, 3 (2009), S. 8.

der Akteure in unterschiedlichen Entwicklungsstadien zu berücksichtigen, die die Heterogenität der Gruppe mit sich bringt. Diese Interessenheterogenität kommt auch in der Agenda der bisherigen G-20-Gipfel zum Ausdruck: Kurzfristiges Krisenmanagement, Bereitstellung von Liquidität, Umbau der Finanzregulierung – dies sind die Prioritäten

Geschwindigkeit, Tragweite und Folgen der weltweiten Finanzkrise haben für die globale Ordnungspolitik kurzfristig bedeutsame Anpassungen bewirkt. Die G-20 haben schnell und konzertiert reagiert, doch müssen sie ihre Kapazitäten zu effektiver und legitimer Global Governance jenseits der Finanz- und Wirtschaftskrise erst noch unter Beweis stellen.

der stark von der Krise gebeutelten Industrienationen. Für die Schwellenländer sind hingegen vor allem Fragen der globalen Ungleichgewichte, die Abwendung von Protektionismus im Finanz- und Handelssektor sowie die Stärkung ihrer Mitsprache in den internationalen Organisationen von Relevanz. Agenden und Ergebnisse der G-20-Gipfel werden daher noch als zu stark von den Industrienationen beeinflusst bewertet. Hier sind auch die „Nicht-G-8-Mitglieder“ der G-20 aufgefordert, sich im Hinblick auf ihre konkreten Vorstellungen zu einer globalen Ordnungspolitik konzeptionell und strategisch noch besser aufzustellen und darzulegen, wie sie ihre neuen Verantwortlichkeiten in diesem Kontext wahrnehmen wollen.³⁴

der stark von der Krise gebeutelten Industrienationen beeinflusst bewertet. Hier sind auch die „Nicht-G-8-Mitglieder“ der G-20 aufgefordert, sich im Hinblick auf ihre konkreten Vorstellungen zu einer globalen Ordnungspolitik konzeptionell und strategisch noch besser aufzustellen und darzulegen, wie sie ihre neuen Verantwortlichkeiten in diesem Kontext wahrnehmen wollen.³⁴

Hinzu kommt, dass die G-20 bisher unter einer wechselnden Präsidentschaft operativ tätig wird und ihr eingespielte Verfahren sowie ein Sekretariat zur Wahrung der Kontinuität fehlen. Dies charakterisiert zwar informelle Governance – doch bei einer Gruppengröße von 20 Mitgliedern und wachsenden Problemlösungsanforderungen können hier schnell Grenzen erreicht werden.³⁵

Und auch für die G-20 ist die Frage der legitimen Repräsentation der internationalen Staatengemeinschaft nicht abschließend beantwortet. Europa ist mit vier Mitgliedern, der Vertretung der EU und zwei halb-offiziellen Mitgliedern durch die Teilnahme der Niederlande und Spaniens an den bisherigen G-20-Gipfeln nach wie vor überrepräsentiert. Afrika ist nur mit der Republik Südafrika in der

34 | Vgl. Agnès Bénassy-Quéré, Rajiv Kumar und Jean Pisani-Ferry, „The G20 is not just a G7 with extra chairs“, *Bruegel Policy Contribution*, 10 (2009), S. 3.

35 | Vgl. Beeson und Bell (2009), S. 76 f.

G-20 vertreten.³⁶ Eine regionale Repräsentation durch das jeweils wirtschaftlich führende Land des Kontinents wird für die wenigsten Entwicklungsländer akzeptabel sein. Oftmals bestehen gerade eigene intraregionale Spannungen und Vorbehalte der kleineren Staaten gegenüber den großen Regionalmächten.³⁷ Mit den großen Wachstumsnationen ist in der G-20 der „Norden des Südens“ präsent – die Diskussion um die Gruppenmitgliedschaft wird daran absehbar anknüpfen.

AUSBLICK: WELTORDNUNG IN PARALLELEN PROZESSEN

Geschwindigkeit, Tragweite und Folgen der weltweiten Finanzkrise haben für die globale Ordnungspolitik kurzfristig bedeutsame Anpassungen bewirkt. Die G-20 haben schnell und konzertiert reagiert, doch müssen sie ihre Kapazitäten zu effektiver und legitimer Global Governance jenseits der Finanz- und Wirtschaftskrise erst noch unter Beweis stellen. Der diesbezügliche Enthusiasmus war im Höhepunkt der Krise groß, doch bei weiterhin hoher Frequenz von Gipfeln in Verbindung mit hinter anspruchsvollen Erwartungen zurückbleibenden Ergebnissen besteht die Gefahr einer umso ernüchternderen „G-20-Müdigkeit“³⁸.

Auch das zukünftige Verhältnis zwischen G-8 und G-20 ist noch nicht ausdefiniert. Bedeutsam ist die G-8 vor allem in vier wichtigen Funktionen geworden:³⁹ zur Bestimmung der Agenda und für den Transport zentraler Themen auf die Ebene von Staats- und Regierungschefs; als Vorreiter, um ein bestimmtes Verhalten von Nicht-Mitgliedern zu erwirken; als „Pfadfinder“ für bestimmte Problemlösungen, die dann in weitere bestehende Formate und Institutionen eingebracht werden können; sowie schließlich als Forum,

36 | Vgl. Andrew F. Cooper, „Competing Gs? The increased importance of the G20 is calling into question the role of the G8. Is the G20 establishing itself as the hub of global policymaking?“, in: John Kirton, Madeline Koch (Hrsg.), *G20: The London Summit: Growth, Stability, Jobs* (London: Newsdesk, 2009), S. 29.

37 | Vgl. für Südafrika: Leaza Kolkenbeck-Ruh und Elizabeth Sidiropoulos, „South Africa“, in: Susanna Vogt (Hrsg.), *Growth and Responsibility. The Positioning of Emerging Powers in the Global Governance System*. (Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009), S. 61 f.

38 | Andrew F. Cooper (2009), S. 29.

39 | Vgl. dazu ausführlicher Schneckener (2009), S. 2.

in dem die dort versammelten Staaten Kapazitäten zur Ressourcenmobilisierung und konkreten Programmförderung bereitstellen. Darüber hinaus bleibt die Größe der G-8 ein wichtiges Argument zu ihren Gunsten: Ihre Mitglieder haben schätzen gelernt, dort in überschaubarem Rahmen frei zu sprechen, zuzuhören und neue Erkenntnisse zu gewinnen. Insbesondere für die sonst weniger im Fokus stehenden Staaten Japan und Kanada ist dies ein wichtiges Argument, um an der G-8 festzuhalten.⁴⁰ Problematisch für die G-8 waren die in den vergangenen Jahren immer umfangreicheren, inhaltlich wenig strukturierten Protestwellen gegen das Gipfelformat, die das Image der Gruppe erheblich belastet haben. Hier wäre für die G-20 ein Neubeginn im Kontakt mit der Zivilgesellschaft möglich.

Das für die G-8 bestehende Ziel, auf die Verbreitung demokratischer Werte, individueller Freiheit und sozialer Verantwortung hinzuwirken, hat sich – nicht zuletzt über die von einigen europäischen Staaten vorangetriebene „Charta für nachhaltiges Wirtschaften“ – auch auf die G-20 übertragen: In die Schlusserklärung des Gipfels von Pittsburgh wurden so genannte *Core Values* für nachhaltiges Wirtschaften aufgenommen.

G-20 und G-8 verfolgen derzeit durchaus differenzierbare Agenden: Für die G-20 sind Finanzmarktstabilität, -regulierung und -aufsicht, Konjunkturpakete und der Ausstieg aus denselben sowie die Liberalisierung von Handel und Investitionen zentral. Die G-8 hat sich, von diesen Themen ursprünglich kommend, schon vor längerer Zeit stärker der Frage der Entwicklung in Afrika, dem Klimaschutz, der Gesundheit, Energiesicherheit und Bildung sowie Aspekten der globalen

Sicherheit zugewendet. Gemeinsam ist beiden Formaten derzeit das Engagement zu den Millennium Development Goals sowie zum Post-Kyoto-Regime – diesbezüglich wäre der koordinierte Einsatz beider Gruppierungen sicherlich nicht falsch. In jedem Fall erscheint die Fortführung beider Gruppen auf Gipfel-Niveau zunächst wahrscheinlich. So sieht Bundeskanzlerin Angela Merkel die G-20 als „überwölbendes Dach“⁴¹ bei gleichzeitigem Fortbestehen der G-8. Verschiedene Schwerpunktsetzungen des Verhältnisses zwischen Koexistenz, Kooperation und Konkurrenz sind in diesem Zusammenhang denkbar.⁴² Für 2010 sind zwei

40 | Vgl. John Kirton, „Coexistence, Co-operation, Competition: G Summits“, in: *Aspenia*, 43/44 (2009), S. 156 – 163, <http://www.g20.utoronto.ca/biblio/kirton-aspenia-2009.pdf> [15.3.2010], S. 158.

41 | Zit. nach Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, „L'Aquila: G8 auf dem Weg zu G20“, 10.7.2009, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2009/G8/2009-08-10-formate.html> [15.3.2010].

42 | Vgl. Kirton (2009).

G-20-Gipfel unter koreanischem Vorsitz (26. bis 27. Juni in Toronto, Kanada, und 11. bis 12. November in Seoul, Korea) sowie ein G-8-Gipfel unter kanadischer Präsidentschaft (25. bis 26. Juni in Muskoka, Kanada) anberaumt.

Das für die G-8 bestehende Ziel, auf die Verbreitung demokratischer Werte, individueller Freiheit und sozialer Verantwortung hinzuwirken⁴³, hat sich – nicht zuletzt über die von einigen europäischen Staaten vorangetriebene „Charta für nachhaltiges Wirtschaften“ – auch auf die G-20 übertragen: In die Schlusserklärung des Gipfels von Pittsburgh wurden so genannte *Core Values* für nachhaltiges Wirtschaften aufgenommen.⁴⁴ Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass Demokratie, Freiheit und sozialer Ausgleich langfristig eine ebenfalls wünschenswerte Grundlage für funktionierende Finanzmärkte sein können.

Wie sich das Verhältnis der unterschiedlichen G-Formate und der darüber hinaus bestehenden Kooperationsmechanismen zukünftig auch gestalten wird: Sie werden von einer stärkeren Einbindung der Schwellen- und Entwicklungsländer geprägt sein. Damit geht die Notwendigkeit einer konstruktiven Verantwortungsübernahme und die Fähigkeit zur Kompromissfindung bei allen Beteiligten einher. Gemeinwohlorientierte Lösungen jenseits des Verfolgens rein national geprägter Interessen stehen im Zentrum einer effektiven globalen Ordnungspolitik: Globaler Einfluss fordert Verantwortungsübernahme. Die notwendige Akzeptanz der Einschränkung nationaler Souveränität bei globaler Kooperation ist derzeit – gerade in den Schwellenländern Asiens – noch schwach ausgeprägt.⁴⁵ Das Argument der „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung“ darf einer tragfähigen Lösung für die Treibhausgasreduktion oder das Welthandelsregime nicht im Wege stehen.

43 | Vgl. G-8: „Declaration of Rambouillet“, 17.11.1975, <http://www.g8.utoronto.ca/summit/1975rambouillet/communique.html> [10.3.2010].

44 | Vgl. G-20: „Leaders’ Statement: The Pittsburgh Summit“, 24. - 25.9.2009, <http://www.pittsburghsummit.gov/mediacenter/129639.htm> [11.3.2010].

45 | Vgl. Bénassy-Quéré et al. (2009), S. 3.

Die Gemengelage ist jedoch schwierig: Die aufstrebenden Staaten wollen nicht um jeden Preis in die Mechanismen der Global Governance eingebunden werden.⁴⁶ Sie verfolgen eigene Entwicklungsmodelle und sehen sich nur noch bedingt an von westlichen Normen und Werten wie Demokratie und Marktwirtschaft geprägte Institutionen, die bisher als Pfeiler der internationalen Zusammenarbeit fungierten, gebunden. Dies modifiziert auch die Zielsetzung der jeweiligen Institutionen und Foren. An welchen Werten und handlungsleitenden Maximen wird sich die Global Governance zukünftig ausrichten? Welche Ziele verfolgen die *emerging powers* mit ihrem wachsenden internationalen Engagement? Mit welchen Forderungen und konstruktiven Ideen wollen sie sich in die Gestaltung einer multipolaren Weltordnung einbringen?

Die Finanzkrise hat sich zu einer Lektion über die Notwendigkeit einer funktionierenden, effektiven und legitimen Weltordnungspolitik entwickelt. Progressive Gedanken zum Stil einer solchen globalen Ordnungspolitik prägen in unterschiedlicher Form die aktuelle Diskussion. Sie harren ihrer Ausgestaltung – und der Produktion konkreter, nachhaltiger Ergebnisse.

46 | Vgl. Stormy-Annika Mildner, „The role of the G20: The G20 has offered a useful informal forum for dialogue but it is no substitute for a reformed G8“, in: John Kirton, Madeline Koch (Hrsg.), *G20: Growth, Innovation, Inclusion: The G20 at ten* (London: Newsdesk, 2008), S. 104 - 106.